23. / I. 1916.

Aus dem Haushaltsauschuß des Abgeordnetenhauses.

Aus dem Haushaltsauschuß des Abgeordnetenhauses lag bis Sonnabend vor der offizielle Bericht über den Schluß der Freitag-Verhandlungen und den Beginn der Verhandlungen am Sonnabend:

Bezüglich der Zuckerrüben teilte der Berichterstatter mit: 1915 seien nur noch 68 Prozent der gesamten Rübenfläche mit Rüben bebaut worden. Der Ertrag sei deshalb von 52 Millionen auf 30 Millionen Zentner Zucker zurückgegangen. Daraus könne im wesentlichen nur der menschliche Bedarf gedeckt werden. Damit auch dem Vieh wieder Zucker zugeführt werden könne und damit auch die Nebenprodukte der Zuckerrückgewinnung in größerem Maße der Landwirtschaft wieder zugeführt werden können, müsse wieder ein größerer Anbau erfolgen. Dies könne nur durch eine entsprechende Preispolitik geschehen. Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates schlägt statt bisher 12 bis 12½ Mark pro Zentner Rohzucker den Preis von 15 Mark vor. Das würde den Zuckerrückgewinnern ermöglichen, den Rübenbauern 30 bis 40 Pfennig pro Zentner Rüben mehr zu zahlen, wozu sie verpflichtet werden müssen. Ein größerer Vorrat an Rüben würde auch verhindern, daß Kartoffeln in größerem Maße verfüttert würden.

Der Landwirtschaftsminister wies besonders darauf hin, daß ausschlaggebend für die Einschränkung des Rübenbaues die Knappheit an künstlichen Düngemitteln gewesen sei. Es werde nur übrig bleiben, die Rübenpreise um 0,30 bis 0,40 Mark zu erhöhen, was eine

Erhöhung des Rohzuckerpreises

auf etwa 15 Mark bedingen würde. Hiermit sei noch nicht gesagt, daß die Verbrauchszuckerpreise entsprechend steigen müßten. Dieser Notwendigkeit entgegenzusehen, sei immerhin besser, als nicht genügend Zucker zur Verfügung zu haben.

Aus der Mitte der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß es von erheblichem Interesse für die Rübenbauer sein würde, und sie besonders veranlassen würde, Rüben anzubauen, wenn man ihnen die Nebenprodukte der Fabrikation wieder vollständig und in handelsüblicher Qualität zuführte. Auch wurde im Interesse des rechtzeitigen Anbaues um baldige Festsetzung des neuen Preises gebeten.

Dagegen wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß man jede Erhöhung des Zuckerpreises für den Verbraucher vermeiden müsse.

Der Landwirtschaftsminister erklärte, es würde nicht möglich sein, auf die Rückstände der Zuckerrüben ganz zu verzichten. Auch die Melasse werde im nächsten Jahre für die Herstellung des künstlichen Eiweiß erforderlich sein. Dagegen halte er einen öffentlichen Hinweis auf die Zuckerpreise in anderen Ländern für erwünscht. Einer übermäßigen Steigerung des Preises für den Verbrauchszucker werde er jederzeit entgegenzutreten.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die späte Festsetzung der Höchstpreise für Gemüse, welche erst durch die Verordnung vom 4. Dezember Gültigkeit gewonnen habe, sehr bedauert werden müsse. Zunächst sei der Konsum in große Beunruhigung durch die Tatsache versetzt worden, daß vielfach

Wucherpreise für Frischgemüse

gefordert worden wären. Dann aber habe man die Höchstpreise derartig niedrig gewählt, wie solche, zumal für die Winterzeit, nachdem schon ein kostspieliges Aufbewahren und Behandeln der Gemüse stattgefunden habe, nicht hingenommen werden könnten. Die Festsetzung anderweitiger Höchstpreise sei ein dringendes Erfordernis, um die Produktion für das bevorstehende Jahr wieder anzuregen. Insbesondere wies der Berichterstatter darauf hin, daß die Höchstpreisverordnung keineswegs, wie es beabsichtigt gewesen sei, den Konsumenten ein billiges Gemüse verschafft habe; denn unter Beachtung des Umstandes, daß ausländisches Gemüse von der Höchstpreisverordnung frei sei, habe der Kleinhandel sich vielfach nicht an die festgesetzten Kleinhandelspreise gehalten, sondern verkaufe zu wesentlich höheren Preisen, die in Einzelfällen 300 bis sogar 500 v. H. mehr betragen als die in der Höchstpreisverordnung vorgeschriebenen Preise. Das Ausschlaggebende für jegliche Bestimmung müsse aber jetzt sein, die Produktion anzuregen und in Deutschland selbst dort, wo die Anbauverhält-

nisse nicht gerade die allergünstigsten seien, einen vermehrten Anbau wachzurufen.

Der Landwirtschaftsminister erklärte: Die am 4. Dezember v. J. festgesetzten Preise entsprächen nicht den heutigen Verhältnissen. Er habe daher Änderungen vorgeschlagen, die im wesentlichen mit den Vorschlägen des ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates übereinstimmen. Das Reichsamt des Innern halte gleichfalls die Heraussetzung der Preise für notwendig. Gemeinnützige Vereine, die sich mit dem Verkaufe von Gemüse befassen, hätten ihren Betrieb einstellen müssen, da sie zu den niedrigen Preisen kein Gemüse erhalten konnten. Schwierigkeiten hätten sich aus dem Verhältnis der Kleinhandelspreise zu den Großhandelspreisen ergeben. Die Spannung dürfte nicht übermäßig groß sein; er halte 30 bis 50 v. H. für ausreichend. Wünschenswert sei, daß die Gemüsebauer sich zu Verbänden zusammenschließen, die den Absatz regeln und mit den verbrauchenden Gemeinden unmittelbar in Verbindung treten.